

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE PATIENTENBRIEF Bessere Aufklärung in der Klinik | **LANDUNGSBRÜCKE** Projekt zur Förderung innerer Stärke bei Jugendlichen | **RETTUNGSDIENST** Warum Notfallsanitäter nicht zum Einsatz kommen

HAMBURG

VERBAND DER ERSATZKASSEN . DEZEMBER 2015

AUSZEICHNUNG

Jetzt bewerben:
Hamburger
Selbsthilfepreis



GRAFIK vdek

Mit dem „Hamburger Selbsthilfepreis“ würdigt der Verband der Ersatzkassen bereits zum dritten Mal das besondere, ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich. Bewerben können sich Einzelpersonen und Gruppen, die innovative und nachhaltige Ideen entwickelt haben, um sich und anderen das Leben mit einer zumeist chronischen Krankheit leichter zu machen. Mehr als 20.000 Aktive in über 1.000 Selbsthilfe-Gruppen sind zur Teilnahme aufgerufen. Die Auszeichnung, die von einer Jury aus Vertretern des Gesundheitswesens, der Wissenschaft und der Medien vergeben wird, ist mit 2.500 Euro dotiert. Die Bewerbungsfrist läuft vom 11. Januar bis zum 4. März 2016. Nähere Informationen finden Sie zeitnah unter www.vdek.com/LVen/HAM. Insgesamt fördern die Ersatzkassen in Hamburg die Selbsthilfe in diesem Jahr mit rund 270.000 Euro.

VERSORGUNG

Hamburg muss Kliniken besser finanzieren

Das Land investiert zu wenig in Kliniken. Die Folge: Ein Millionen-Investitionsstau zu Lasten der Versicherten, denn die Häuser zweigen fehlende Mittel aus OP-Erlösen ab. Sollten OP-Zahlen aus rein ökonomischen Gründen steigen, schadet dies den Patienten

Es ist ein schleichender Prozess: Jahr für Jahr geben die Bundesländer weniger für die Krankenhäuser in ihrem Verantwortungsbereich aus. Die Finanzierung der Kliniken erfolgt in Deutschland nach der sogenannten „dualen Finanzierung“. Das heißt, die Länder entscheiden, wo eine Klinik gebaut, erweitert oder geschlossen wird und finanzieren alle Investitionsmaßnahmen. Die Krankenkassen bezahlen die Behandlungen der Versicherten über die Fallpauschalen.

Problematisch ist, dass es den Ländern seit Jahren gelingt, sich aus ihrer Finanzverantwortung zu stehlen. Da es immer weniger Landesmittel für die Kliniken gibt, greifen die Häuser inzwischen auf die von der gesetzlichen Krankenversicherung aufgebrauchten Betriebsmittel zurück. Damit stemmen sie einen Teil ihrer Investitionen – Geld, das für die Versorgung der Patienten gedacht ist.

Auch Hamburg befindet sich auf dem Rückzug, mit einer Investitionsförderquote von nur noch 5,1 Prozent. Unter der Investitionsförderquote versteht man die Entwicklung der Investitionen des Landes im Verhältnis zu den Krankenhausausgaben.

Anerkennenswert ist, dass das Bundesland bei der Investitionsförderquote im deutschlandweiten Vergleich immer noch einen Spitzenplatz belegt, den zweiten Platz im Länder-Ranking.

Niveau sinkt seit sieben Jahren

Doch ausreichend ist der aktuelle Landesanteil nicht, denn nach Expertenmeinung muss die Investitionsquote acht bis zehn Prozent betragen – also rund das Doppelte der jetzt vom Bundesland Hamburg geplanten Summe. Erst dann kann von einer „dualen Finanzierung“ im eigentlichen Sinn gesprochen werden. Faktisch kürzt Hamburg seine Mittel für Krankenhäuser seit Jahren, weil die Investitionen des Landes nicht mit der Entwicklung der Klinikausgaben Schritt halten. Die Einhaltung des aus Experten-sicht notwendigen Anteils gelang dem Land zuletzt 2008: Damals wurde eine Investitionsquote von rund acht Prozent erreicht. Seitdem sinkt das Niveau stetig. Zum Vergleich: Als die duale Finanzierung in den 70er Jahren eingeführt wurde, lag der Investitionsanteil der Länder an den Ausgaben der Kliniken noch bei über 20 Prozent.



„Pflege am Bett“ muss profitieren



von
KATHRIN HERBST
Leiterin der
vdek-Landesvertretung
Hamburg

FOTO: vdek

Ohne Zweifel ist es anerkennenswert, dass Hamburg bei den Klinikinvestitionen im Vergleich mit anderen Ländern einen Spitzenplatz einnimmt. Andernorts sind die Einschnitte noch drastischer ausgefallen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch in Hamburg die „duale Finanzierung“ weiter zur Makulatur wird, wenn die Investitionsquote nur noch eine Richtung kennt: nach unten. Und wenn das Krankenhausstrukturgesetz den Kliniken der Hansestadt 105 Millionen Euro zusätzlich beschert, allein von den gesetzlich Versicherten finanziert, ohne dass die Stadt einen Cent dazu gibt, hinterlässt auch das einen schalen Beigeschmack.

Es gilt nun, genau hinzuschauen, wem die zusätzlichen Millionen zu Gute kommen. Sind es allein die Bilanzen der Kliniken? Oder kommt auch etwas bei den Patienten an – etwa in Form einer verbesserten Behandlungsqualität? Damit die Qualität steigt, ist es aus Sicht des vdek unabdingbar, nachprüfen zu können, ob die „Pflege am Bett“ profitiert. Doch keine Klinik legt bisher offen, wie viele Fälle eine Pflegekraft im ihrem Haus im Schnitt versorgt. Ob neue, dauerhafte Pflegestellen mit den Millionen-Zuschüssen geschaffen werden, bleibt so das Geheimnis der Kliniken. Transparenz? Fehl-anzeige! Die Leidtragenden sind am Ende die Patienten.



Welche Folgen hat die schwindende Länderfinanzierung? Zweifelsohne baut sich ein Investitionsstau auf, der immer weiter wächst. In der Hansestadt kommt so Schätzungen zufolge zwischen 2014 und 2018 eine Summe von 250 Millionen Euro zusammen – Geld, das für Modernisierungen fehlt. Die Kliniken zweigen deshalb aus den laufenden Einnahmen für Operationen und Behandlungen Gelder für notwendige Investitionen ab, das heißt aus den Mitteln der Kassen zur Finanzierung der Betriebskosten. Damit wird die Finanzierungsverpflichtung des Landes in Teilen den gesetzlich Versicherten aufgebürdet.

Diese verdeckte Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Mengensteigerungen: Immer mehr Patienten werden in den Krankenhäusern behandelt. In Hamburg legten die Fallzahlen von 1991 bis 2013 um 34 Prozent von 354.995 auf 475.000 Fälle zu. Sollten weitere Steigerungen teilweise aus ökonomischen und nicht aus rein medizinischen Gründen erfolgen, ist dies nicht im Interesse der Patienten.

Mehr Behandlungen bringen in jedem Fall eine Leistungsverdichtung mit sich, was sich auf die Qualität der Versorgung und die „Pflege am Bett“ auswirkt. Denn mit dem Anstieg der Fälle wuchs zwar die Zahl der Klinikärzte deutlich – in Hamburg in den vergangenen 20 Jahren um fast 70 Prozent. Die Zahl der Pflegekräfte nahm aber im gleichen Zeitraum nur um rund vier Prozent zu. Mit dem Krankenhausstrukturgesetz ist ein Pflegestellenförderprogramm

auf den Weg gebracht worden, dies nützt aber wenig, solange die Hamburger Kliniken ihre Personalschlüssel nicht nachhaltig offenlegen müssen. Denn solange ist nicht nachprüfbar, ob überhaupt Stellen auf Dauer geschaffen werden, um die „Pflege am Bett“ zu stärken.

Gefahr der Mengenausweitung bekämpfen

Geht die Investitionsquote weiter bergab, werden zentrale Probleme der Krankenhausversorgung verschleppt. Hamburg darf sich folglich nicht auf seinem bundesweiten Spitzenplatz ausruhen. Dieser verschleiert nur, dass auch in den Kliniken der Hansestadt der Investitionsstau zu Lasten der Versicherten und der

»Faktisch kürzt Hamburg die Mittel für Krankenhäuser seit Jahren.«

Pflegekräfte immer weiter wächst. Als ersten Schritt sollte sich der Senat stärker als bisher zur „dualen Finanzierung“ bekennen und eine Untergrenze für künftige Investitionsquoten festlegen. Damit könnte langfristig die Gefahr der nicht medizinisch bedingten Mengenausweitung bei Behandlungen bekämpft und die Qualität der Versorgung verbessert werden – zur Freude von Patienten, Pflegekräften und Beitragszahlern. ■



FOTO: igrault - Fotolia.com

AUF GUTE PFLEGEQUALITÄT ANGEWIESEN: Wenn Pflegekräfte überlastet sind, kann das den Patienten schaden

Patientenbrief in verständlicher Sprache soll Aufklärung verbessern

Klinikpatienten werden nicht ausreichend darüber informiert, welches Ziel ihre Therapie hat und welche Schritte notwendig sind. Der neuartige Hamburger Patientenbrief, den der vdek vorantreibt, soll dies ändern.

Sie ist eine besonders kritische Phase für Patienten: Die Entlassung aus dem Krankenhaus und der Übergang in einen anderen Versorgungsbereich, etwa zum Haus- oder Facharzt oder in ein Pflegeheim. Zentrales Element einer „guten“ Entlassung ist zwar heute schon ein Gespräch, das der Klinikarzt mit dem Patienten führen soll. Der Arzt soll dabei alle wichtigen Untersuchungen und Ergebnisse darlegen sowie verständlich darüber informieren, wie es nach dem Klinikaufenthalt weitergeht. Zum Beispiel darüber, welche Medikamente der Erkrankte weiter einnehmen soll, warum eine Diät sinnvoll ist und wann er zur nächsten Kontrolluntersuchung vorbeikommen soll. Dies ist Teil des Entlassmanagements, zu dem die Häuser schon heute verpflichtet sind. Doch die Realität sieht meist anders aus: Nicht selten kommt es zu einem Gespräch zwischen Tür und Angel, eine befriedigende Aufklärung unterbleibt.

Verständnis fördert Genesung

Bisweilen wird dem Patienten auch der sogenannte „Arztbrief“ ausgehändigt, in dem die Klinik den Haus- oder Facharzt über die Krankenhausbehandlung in Kenntnis setzt. Diesen Brief darf der Patient zwar lesen, doch bringt ihn das meist nicht weiter. Denn

das Dokument ist in Fachsprache verfasst, die für den Laien kaum verständlich ist.

»Der Brief ist ein Schritt hin zum mündigen Patienten und zu mehr Patientensicherheit.«

Studien haben jedoch gezeigt, dass sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass ein Pati-

ent die gemeinsam mit dem Arzt festgelegten Therapieziele auch wirklich erreicht, wenn er die Notwendigkeit der einzelnen Behandlungsschritte versteht. Und wenn er und sein Umfeld diese Informationen in einem „Patientenbrief“ in verständlicher Sprache jederzeit nachlesen können. Experten gehen davon aus, dass dies den Heilungs- und Genesungsprozess fördert, Doppeluntersuchungen vermeiden hilft und die Wahrscheinlichkeit verringert, dass der Erkrankte wieder in die Klinik aufgenommen werden muss. Außerdem ist der Brief ein Schritt hin zum mündigen Patienten und zu mehr Patientensicherheit.

Kliniken signalisieren bereits Interesse

Grund genug für die Hamburger Ersatzkassen, sich dafür stark zu machen, den Brief in einem Modellprojekt mit Kliniken zu erproben. Die vdek-Landesvertretung entwickelt das Vorhaben federführend. Einige Hamburger Kliniken haben schon signalisiert, den Brief in ihren Häusern testen zu wollen. Für die Evaluation konnte bereits eine Hamburger Hochschule gewonnen werden. Allerdings kann das Modellprojekt erst bei einer gesicherten Finanzierung starten.

Dass auch andernorts bereits die Vorteile eines Patientenbriefs gesehen werden, zeigt ein Blick in die Regelungen zur ambulanten spezialärztlichen Versorgung für schwere Erkrankungen. Dort hat der Gemeinsame Bundesausschuss bereits festgehalten, dass jeder Erkrankte, der so versorgt wird, einen Rechtsanspruch auf einen „patienten-verständlichen Entlass-/Überleitungsbrief“ hat. Dieser soll – wie auch für das Hamburger Modellprojekt vorgesehen –, Angaben zu Diagnosen, Therapievorschlägen und Kontrollterminen sowie zur Fortsetzung der Arzneimitteltherapie enthalten.

Fernziel des Modellprojekts ist die Verankerung des Briefs im Patientenrechtegesetz. Dies hatten ein Dutzend Bundesländer schon in der damaligen Debatte um das Gesetz gewünscht, waren aber leider gescheitert. Nun könnte der zweite Anlauf zum Erfolg führen. ■



Seelisches Wohlbefinden im Übergang zwischen Schule und Beruf



FOTO: Karla Gerdas

SCHÜLERIN beim Action Painting

Das Modellvorhaben „Landungsbrücke“ mit einer Laufzeit bis 2018 ist ein Projekt der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. und wird von allen Krankenkassen gemeinsam finanziert. Rund 500.000 Euro fließen in die Entwicklung, Durchführung und Evaluation des Konzepts. Es wurde wissenschaftlich begleitet vom Berliner Institut für Soziale Gesundheit.

Bundesweit gibt es wenige Ansätze, die sich der seelischen Gesundheit von Jugendlichen beschäftigen. Dabei zeigen Studien, dass bei rund 22 Prozent von ihnen Hinweise auf psychische Auffälligkeiten vorliegen. Junge Erwachsene gelten als heterogene Gruppe und als schwer erreichbar für Gesundheitsthemen. Da aber in diesem Alter Weichen für das spätere Leben gestellt werden, ist es aus Sicht der Kassen wichtig, Jugendlichen gezielt Anregungen für einen guten Umgang mit der eigenen Gesundheit zu geben.

PRÄVENTION

„Wir sollten mit Jugendlichen auf Augenhöhe sprechen“

Mit „Landungsbrücke“ gehen die Hamburger Krankenkassen gemeinsam neue Wege. Wir befragten Professorin Corinna Petersen-Ewert zu den Besonderheiten des Konzepts.

Was unterscheidet dieses Projekt von anderen Angeboten, die auf die Verbesserung der seelischen Gesundheit von jungen Erwachsenen abzielen?

Wir beziehen unsere Zielgruppen bereits von Anfang an mit ein, durch den sogenannten partizipativen Ansatz: Erst bei einer Analyse des Bedarfs, später bei wiederholten Befragungen. Wir Erwachsenen glauben oft zu wissen, was junge Menschen brauchen. Die Realität sieht anders aus. Wir sollten mehr mit Jugendlichen sprechen und zwar auf Augenhöhe. An der Hochschule führen wir daher mit Studierenden ein Fachprojekt durch. So haben diese vom Start an ein Mitspracherecht. Unsere Erfahrung zeigt, dass dieser Ansatz zwar viel Zeit und Flexibilität benötigt, aber absolut wichtig ist, um größtmögliche Akzeptanz bei den Beteiligten zu erreichen.

Rund zwei Jahre nach dem Start: Wie sieht die Zwischenbilanz aus?

Das Projekt steht heute sehr gut da, die Erwartungen sind mehr als erfüllt. Aber es gibt noch viel zu tun. Unsere Aktionen wie die Fortbildungsreihe, das Fachprojekt sowie die Projektwoche zeigen: Es gibt einen hohen Bedarf. Positiv überrascht hat uns, wie gut die Projektwoche angenommen wurde. Die jungen Menschen haben die gesamte Zeit über hoch motiviert mitgemacht und wünschen sich dauerhaft solche Angebote. Das ruft also geradezu nach einer Fortsetzung. Zudem kommen unser Webauftritt sowie die Facebook-Seite sehr gut an. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das gemeinsame Engagement der Kassen. Das seelische Wohlbefinden junger Menschen geht uns alle an. Nur zusammen können wir entsprechende Maßnahmen in Hamburg ausweiten.

Was wünschen Sie sich für die „zweite Halbzeit“?

Die Fortbildungsreihe wird ausgebaut, aktuell erarbeiten wir ein Konzept für



FOTO: Heike Günther

PROF. DR. CORINNA PETERSEN-EWERT ist Vorsitzende der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung und Professorin für Gesundheits- und Sozialwissenschaften an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Inhouse-Schulungen im Bereich Berufsvorbereitung. Es fehlt den Jugendlichen und Multiplikatoren dort an Ressourcen und Zuspruch, das sollten wir im Hinterkopf behalten. Eine reine Ansprache der Zielgruppe via Social Media und Internet wird zur Prävention nicht reichen, das ist im Projektverlauf deutlich geworden. Für die langfristige Verstetigung in den Lebenswelten werden wir daher mehr Ressourcen investieren müssen. ■

MODELLVORHABEN

„Komm mit auf Deine Stärkenreise!“

Stress beim Schulabschluss, Druck im Studium: Jugendliche klagen vermehrt über psychische Probleme. Die Hamburger Krankenkassen unterstützen daher das Projekt „Landungsbrücke“ zur Förderung innerer Stärke

S idars Hände stecken in roten Boxhandschuhen. Der 16-jährige tänzelt auf und ab, die Fäuste bis auf Kinnhöhe gereckt. Sein Trainer Mahmoud Wahiebi feuert ihn an: „Antäuschen, zack, und wieder zurück. Das ganze jetzt noch ein bisschen schneller. Komm, Du schaffst das.“ Am Ende ist Sidar zwar außer Puste, hält aber durch. Das anschließende Lob seines Trainers freut ihn sichtlich.

Training in ungewöhnlicher Umgebung

Das Training findet in einer ungewöhnlichen Umgebung statt: In einem Schulzimmer, in dem Tische und Stühle beiseite gerückt sind. Es ist Teil der Projektwoche des Projekts „Landungsbrücke“ der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung an der Produktionsschule im Hamburger Stadtteil Altona. Die Schule besuchen 16 bis 20-jährige, die zum Teil andere Schulformen ohne Abschluss verlassen oder dort nicht regelmäßig am Unterricht teilgenommen haben und nun hoffen, in einer Berufsausbildung Fuß zu fassen.

Ohne Verletzungen Hindernisse überwinden

Draußen auf dem Schulhof sind Hindernisse aus Holz aufgebaut, Einige Schüler überwinden sie unter Anleitung erst zaghaft, dann immer akrobatischer. Es sind Übungen für die Trendsportart Parkour; am nächsten Tag soll auf einem Parkdeck im Stadtteil trainiert werden. Der 17-jährige Justin hat sich bewusst dafür entschieden, Parkour auszuprobieren: „Ich dachte mir, das ist ein cooler Sport. Ich wollte lernen, über Hindernisse rüberzukommen ohne Verletzungen.“



FOTO: Karin Gendtes

HÜRDEN MEISTERN Schüler beim Parcours-Training in der Produktionsschule Altona

Wenn es schwierig wird im Leben, auf innere Ressourcen bauen zu können und sich nicht aus der Bahn werfen zu lassen – dieser Grundgedanke findet sich auch im Konzept von „Landungsbrücke“. Aktuelle Studien der Ersatzkassen und anderer Experten zeigen, dass jungen Menschen zunehmend unter psychischen Beeinträchtigungen und Stress-Symptomen wie Kopf- und Bauchschmerzen oder sogar Depressionen und Angststörungen leiden. „Deshalb konzipieren wir gesundheitsfördernde Maßnahmen, die soziale und personale Schutzfaktoren sowohl von jungen Menschen als auch deren Multiplikatoren nachhaltig fördern sollen“, sagt Kerstin Andresen, Projektleiterin von „Landungsbrücke“.

Dabei war es den Experten wichtig, nicht über die Köpfe der Jugendlichen hinweg vorzugehen, sondern sie mit einem partizipativen Ansatz in die Entwicklung einzubinden. Dazu diskutierten junge Menschen, Studienanfänger genauso

wie Schüler, etwa in Fokusgruppen darüber, was sie täglich tun können, um sich stark zu machen. Sie waren genauso bei der Konzeption von Postkarten mit dabei, die mit dem Slogan „Komm mit auf Deine Stärkenreise!“ für das Projekt werben, wie auch bei der Planung der Website. Und auch zum Angebot in der Projektwoche – neben Boxen und Parkour gehörte dazu noch Yoga, Action Painting und Musik machen – kamen die Anregungen von den Jugendlichen selbst.

Die Bilanz zur Projektwoche fällt positiv aus. Die allermeisten Jugendlichen sind Tag für Tag bei den Aktivitäten dabei, es gehen positive Rückmeldungen ein und die Schule entschließt sich, Yoga-Matten zu kaufen, um dieses Angebot fest zu etablieren.

Auch für Justin war die Woche ein Gewinn. Seine Erwartungen an den Parkour-Kurs seien „auf jeden Fall“ erfüllt worden, sagt der Teenager: „Vielleicht mach ich das weiter, Parkour ist ein geiler Sport.“ ■

Innovationsfonds: Chance oder Hype?

Ob der mit dem Versorgungsstärkungsgesetz geschaffene Fonds neue Impulse setzen kann, ist offen. Beim 6. Hamburger Gesundheitstreff debattierten die Teilnehmer über die Herausforderungen des Millionen-Projekts.



DISKUTIERTEN ANGEREGT: (v.l.) Dr. Claudia Brase, Hamburgische Krankenhausgesellschaft, Eva Schiffmann, Kassenärztliche Vereinigung Hamburg, Dr. Karsten Neumann, IGES Institut Berlin, Kathrin Herbst, vdek-Landesvertretung Hamburg

Die Umsetzung des Innovationsfonds ist in die „heiße Phase“ getreten. Mit Spannung erwarten viele Akteure, welche Projekte zum Zug kommen. Viel Diskussionsstoff für die Teilnehmer des Podiums auf dem 6. Hamburger Gesundheitstreff zum Thema „Innovationsfonds: Chance für eine bessere Versorgung in Hamburg?“

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks betonte in ihrem Grußwort, Ziel des Fonds müsse sein, den Gesundheitsstatus der Bevölkerung durch eine höhere Versorgungsqualität und eine stärkere Vernetzung zu verbessern. Sie gab auch ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Vorhaben aus Hamburg am Ende von Erfolg gekrönt sein werden.

Der Innovationsfonds soll ab dem Jahr 2016 auf Bundesebene innovative Versorgungsformen an den Übergängen zwischen ambulant und stationär unterstützen und die Versorgungsforschung

stärken. Dafür stehen von 2016 bis 2019 jeweils 300 Millionen Euro aus Mitteln der Krankenkassen zur Verfügung.

Das Geld der Versicherten müsse in der Versorgung ankommen, betonte vdek-Landesvertretungsleiterin Kathrin Herbst. Ein Projekt müsse daran gemessen werden, ob es das Potential hat, die Lebensqualität zu verbessern und die Krankheitslast zu mindern. Wie viele Aspekte derzeit noch debattiert werden, machte Dr. Karsten Neumann vom IGES-Institut in seinem Impulsreferat deutlich. Er zeigte aber auch konkrete Ansätze für eine erfolgreiche Bewerbung auf. Während auf Krankenseite Gespräche darüber demnächst erst anlaufen, wie Dr. Claudia Brase von der Krankenhausgesellschaft berichtete, gibt es unter den Vertragsärzten in der Hansestadt schon Vorhaben, die nach den Worten von Eva Schiffmann von der Kassenärztlichen Vereinigung auf ihre Eignung für eine Bewerbung überprüft würden. ■

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen

Sehr viele Menschen sind in den vergangenen Monaten vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflohen. Dies stellt Deutschland vor gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen. Ein wichtiger Aspekt ist es, Flüchtlingen medizinische Behandlungen zu ermöglichen. Grundsätzlich ist dies eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Deshalb werden die Kosten nicht aus den Töpfen der Krankenkassen bezahlt, sondern aus Steuermitteln. Das heißt, Asylbewerber können die elektronische Gesundheitskarte erhalten, genauso wie gesetzlich Versicherte auch. Es gibt jedoch Unterschiede: Wenn Flüchtlinge Leistungen in Anspruch nehmen, kommt dafür der Steuerzahler auf. Zudem ist der Leistungsanspruch gesetzlich eingeschränkt. Asylbewerber erhalten Leistungen, die der Behandlung von akuten Erkrankungen und Schmerzen dienen sowie aus medizinischen Gründen unaufschiebbar oder zur Erhaltung der Gesundheit unerlässlich sind.

In vielen Kommunen müssen Flüchtlinge jede Gesundheitsleistung bei Ämtern prüfen und bewilligen lassen. Dies ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Die Stadt Hamburg geht daher schon seit 2012 einen anderen Weg: Die Leistungsgewährung und -abrechnung über die elektronische Gesundheitskarte hat sie an einen Dienstleister vergeben, die AOK Bremen/Bremerhaven. Dieses verwaltungsarme Verfahren spart laut Gesundheitsbehörde Kosten in Millionenhöhe ein ohne einen erheblichen Mehrbedarf an Leistungen zu verursachen.

RETTUNGSDIENST

Warten auf die Notfallsanitäter

Die gute Nachricht vorweg: Die Krankenkassen und die Stadt haben sich nach monatelangen Verhandlungen auf eine neue Rettungsdienstgebühr verständigt. Teil der Einigung ist, dass es ab Januar 2016 drei zusätzliche, ständig besetzte Rettungswagen in der Hansestadt geben wird. Doch auch nach dieser Verständigung bleiben wichtige Fragen offen, die schnellstens geklärt werden sollten.

Zum einen ist es für die Ersatzkassen unverständlich, dass die neu ausgebildeten Notfallsanitäter nicht ihren höheren Qualifikationen entsprechend zum Einsatz kommen – zumal ihre kostspielige Ausbildung aus den Mitteln der gesetzlich Versicherten bezahlt wurde. Zum anderen registriert der vdek mit Verwunderung, dass die Innenbehörde für 2016 nur mit einem Anstieg der Rettungsfahrten um 1,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr rechnet. Und dies vor dem Hintergrund wachsender Einwohnerzahlen und der Flüchtlingsthematik.

Was die Notfallsanitäter betrifft, so war die Hansestadt zunächst auf einem guten Weg. Nachdem der Bund gesetzlich vorgeschrieben hatte, dass die Rettungsassistenten an Bord der Rettungswagen durch besser qualifizierte Notfallsanitäter ersetzt werden sollten, startete die Weiterbildung der bisherigen Assistenten zügig. Bald konnten die ersten Sanitäter ihre Urkunden entgegennehmen. Doch seitdem gibt es nur noch eines: Stillstand. Die Innenbehörde hat es versäumt, das Hamburgische Rettungsdienstgesetz so zu ändern, dass die Sanitäter ihre Qualifikationen auch tatsächlich anwenden dürfen. Zum Verständnis: Die Notfallsanitäter haben während der Ausbildung gelernt, zum Beispiel intravenöse Maßnahmen durchzuführen. Damit soll die Qualität der Versorgung beispielsweise nach einem Unfall verbessert werden.

Klärungsbedürftig ist auch die niedrige Prognose der Feuerwehr zur Entwicklung der Rettungsfahrten. Die Kassenverbände haben entgegen der Einschätzung der Feuerwehr die Zahl der Rettungswagen von jetzt 51 auf 54 erhöht, da sie mit einem Anstieg der Fahrten um rund sechs Prozent rechnen. Die Feuerwehr ging nur von einem Plus von 1,1 Prozent aus – und das, obwohl sich allein aus den Daten der Vorjahre ein durchschnittlicher Anstieg von 3,5 Prozent pro Jahr ergibt.

Eine mögliche Erklärung für die abweichenden Einschätzungen: die Gebühr, die pro Einsatz an die Stadt fließt, ist an die prognostizierte Zahl der Fahrten gekoppelt, verbunden mit einem Mengeneffekt. Eine niedrige Prognose ergibt rein rechnerisch eine hohe Gebühr. Auch wenn die Einhaltung der Schuldenbremse sicher ein Anliegen für das Land Hamburg ist, sollte doch bedacht werden, welche Auswirkungen es auf die Gesundheit der Bevölkerung haben könnte, wenn die Prognose zur Zahl der Rettungsfahrten dauerhaft zu niedrig angesetzt wird.

KURZ GEFASST



FOTO vdek

vdek schreibt Fotowettbewerb „Was kann Selbsthilfe?“ aus

Um die Bedeutung und das Spektrum der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe darzustellen, hat der vdek einen bundesweiten Fotowettbewerb unter dem Titel „Was kann Selbsthilfe?“ ausgeschrieben. Noch bis zum 12. Februar können sich unter anderem Studierende an deutschen Hochschulen daran beteiligen. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat die Schirmherrschaft übernommen. Es winken Preisgelder in Höhe von insgesamt 8.000 Euro. Aus den Siegerfotos und weiteren überzeugenden Einsendungen wird eine Wanderausstellung konzipiert, die auch in Hamburg zu sehen sein wird.

Mehr Vergütung für Kinder-Hospiz Sternenbrücke

Das Kinder-Hospiz Sternenbrücke ist eine der renommiertesten Einrichtungen bundesweit für Kinder und Jugendliche, die unheilbar erkrankt sind. Bei ihnen setzt die Begleitung durch Hospize in der Regel schon mit der Diagnose ein. Daher sind sie und ihre Familien teilweise über Jahre immer wieder Gäste der Einrichtung. In den diesjährigen Verhandlungen konnten sich die Kranken- und Pflegekassen mit der Sternenbrücke auf eine Anhebung der Vergütung um rund drei Prozent einigen. Seit Anfang November zahlen die Kassen jetzt 477 Euro je Tag, den ein Kind in der Einrichtung verbringt.

Neuer Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege

Der neue Präsident der Zahnärztekammer Konstantin von Laffert steht nun auch an der Spitze der Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege. In ihrem Amt als Stellvertreterin bestätigt wurde die Leiterin der vdek-Landesvertretung, Kathrin Herbst. Die Arbeitsgemeinschaft, der unter anderem alle Krankenkassen angehören, bietet Vorsorgeprogramme und Unterrichtseinheiten zur Zahnpflege in Kindergärten und Schulen der Hansestadt.

BÜCHER

Wegweiser: Pflegeberatung für Angehörige

Diese Broschüre unterstützt alle, die sich um die Pflege und Betreuung insbesondere älterer Menschen kümmern. Sie stellt eine erste Orientierungshilfe dar und zeigt dem Angehörigen, wo er weitere Beratung und Informationen einholen kann. Themenkreise sind unter anderem Pflegeberatung, Organisation, Leistungen, Krankenhausaufenthalt und Vorsorgeregelungen.



Wolfram Friedel, Cornelia Petz
Pflege und Betreuung –
Eine Orientierungshilfe für
Angehörige
2014, 56 S., € 4,90. Verlag C. H.
Beck, München

Akteure in der politischen Arena

Die Selbsthilfe erhält ab 2016 fast 30 Millionen Euro an zusätzlicher Förderung von den Kassen. Dies wird die „vierte Säule im Gesundheitswesen“ stärken. Was die Selbsthilfe umtreibt und wie sich der Generationenwechsel auswirkt, das beschreiben die Autoren fundiert und vielschichtig. Beim Lesen des Bandes wird deutlich, dass es DIE Selbsthilfe nicht gibt. Dass sich unter dem Oberbegriff eine große Bandbreite von verschiedenen Organisationsstrukturen vereinigt – von der Gruppe, die sich selbst genügt bis hin zum Zusammenschluss Gleichgesinnter, der sich selbstbewusst in der politischen Arena bewegt.



Christopher Kofahl, Frank
Schulz-Nieswandt, Marie-Luise
Dierks (Hg.),
Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung
in Deutschland
2016, 360 S., 39,90 Euro,
LIT Verlag, Münster

PREIS

Gesunde Schule – mit mehr Bewegung!



FOTO Heike Günther

AUSGEZEICHNET: vdek-Landeschefin Kathrin Herbst (L) ehrte die Schulteams

Klettern am Schulgebäude, in der Pause Badminton spielen oder Bewegungscoaches in jeder Klasse – das sind nur einige der Projekte, für die in diesem Jahr 34 Hamburger Schulen Auszeichnungen erhielten. Darunter waren viele Grundschulen, aber auch Gymnasien und Stadtteilschulen. Sie hatten sich an einer Ausschreibung der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG) unter dem Motto „Gesunde Schule – mit mehr Bewegung!“ beteiligt. In der HAG engagieren sich die gesetzlichen Krankenkassen gemeinsam mit der Stadt für Prävention.

JAHRESWECHSEL

Alles Gute!



FOTO Jürgen Fälicke – Fotolia.com

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein erfolgreiches, glückliches Jahr 2016.
Ihre vdek-Landesvertretung Hamburg

BROSCHÜRE

Wichtige Daten zum Gesundheitssystem im Überblick



FOTO vdek

Welche Summen werden in Deutschland für Gesundheit ausgegeben? Wie lange liegen Patienten im Schnitt in den einzelnen Bundesländern im Krankenhaus? Antworten auf diese und weitere Fragen finden sich in den neu erschienenen „vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2015/2016“. In fünf Kapiteln (Bevölkerung, Versicherte, Finanzen, Versorgung und soziale Pflegeversicherung) stellen Grafiken und Tabellen die Finanz- und Versichertendaten dar. Außerdem werden ausgewählte Bereiche wie zum Beispiel die ambulante und stationäre Versorgung sowie die soziale Pflegeversicherung ausführlich beleuchtet. Angaben zum demographischen Wandel und zur Bevölkerung ergänzen die Daten zum Gesundheitswesen. Die Printausgabe der Broschüre kann unter lv-hamburg@vdek.com bestellt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Landesvertretung Hamburg des vdek
Sachsenstraße 6, 20097 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 32 98-0
Telefax 0 40 / 41 32 98-22
E-Mail stefanie.kreiss@vdek.com
Redaktion Stefanie Kreiss
Verantwortlich Kathrin Herbst
Druck Lausitzer Druckhaus GmbH
Konzept ressourcenmangel GmbH
Grafik schön und middelhaufe
ISSN-Nummer 2193-407X